Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 29 (1935)
Heft: 11

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

und Starhemberg vollends zu Herren gemacht. Aber nun haben wir ſchon berichtet, daß die ganze Volksſtimmung *gegen* dieſes Verhältnis zu Italien im allgemeinen, als auch im beſonderen gegen die Stellungnahme zur abeſſiniſchen Sache iſt. Dieſe Orientierung wird ſich um ſo weniger noch lange halten können, als Muſſolinis Lage ſich verſchlechtert, was wir als ſicher betrachten dürfen. Eine *andere* Orientierung drängt ſich völlig auf: nämlich *der Anſchluß an die neue Linie der Weltpolitik, an England* (das ja neue Bürgſchaften übernimmt), an *Frankreich*, wenn es demokratiſch bleibt, und an die *Kleine Entente. Die Vorausſetzung dafür iſt aber die Wiederherſtellung der Demokratie.* Davon ſcheint man doch auch in den Regierungskreiſen etwas zu ſpüren. Der Miniſter für die Sozialpolitik, Profeſſor Dobretsberger, hat jüngſt die *allmähliche Wiederherſtellung der freien Gewerkſchaftsbewegung* in Ausſicht geſtellt. Man weiß von einer Sendung Karl Renners nach Brünn zu den Führern der ſozialiſtiſchen Emigration. Inzwiſchen zeigten Maſſenverhaftungen von Sozialdemokraten, namentlich Eiſenbahnern, daß der Sozialismus in Oeſterreich *lebt.*

Für dieſen aber dürfte die Stunde gekommen ſein, wieder herauszutreten und ſein Recht zu fordern. Vielleicht wäre es ſchlimm, wenn er den Augenblick verſäumte. Die Arbeiterbewegung und die Demokratie der ganzen Welt müſſen ihm dabei helfen. Es wäre ein erſter großer Akt der Auferſtehung der Freiheit.

Wenn wir zum Schluſſe nochmals die Frage ſtellen, welches die *Ausſichten* für die neue Wendung der Weltpolitik ſind, die wir nun in Satz und Gegenſatz verfolgt haben, ſo verweiſen wir noch auf zwei Tatſachen. In *Polen* ſcheint ſich ein Umſchwung gegen die hitlerfreundliche Politik des Marſchalls Pilſudſki und ſeines Werkzeuges Oberſt Beck deutlich anzukünden. Damit würde die Iſolierung Hitlerdeutſchlands wieder faſt vollkommen. Und die *Tſchechoſlowakei* ſcheint ſich feſt in dieſe neue Linie einzufügen, nun die Verbindung von Rußland und *England* erſtrebend und vermittelnd.

Wenn wir das alles bedenken, ſo geht wieder ein edles Hoffnungslicht auf. Gegen die Diktatur erhebt ſich in neuer Lebenskraft die Demokratie, gegen die beſonders von Deutſchland und Japan drohende furchtbare Gefahr des Weltkrieges und der Weltkataſtrophe eine neue Rechts- und Friedensordnung der Welt. Etwas wie politiſches Adventslicht, ein Strahl aus einem höheren.

12. November 1935. *Leonhard Ragaz.*

Rundſchau

Zur Chronik.

I. Weltpolitiſches. 1. Außerhalb Europas. Der Krieg im *Chaco* ſcheint nun doch zu Ende zu ſein, obgleich der Friedensvertrag noch nicht von beiden Seiten angenommen iſt.

In Nordindien hat die englische Regierung einen Aufstand der *Mohmands* unterdrückt. Sie hat dabei stark mit der „Luftwaffe" operiert, was ihr besonders von den englischen Gegnern der Sanktionen gegen Italien immer wieder vorgehalten wird.

Zwischen *Abessinien* und den arabischen Herrschern von *Yemen* und *Hedschas* schweben Bündnisverhandlungen, die sehr bedeutsam werden können.

In *Aegypten* sind schwere englandfeindliche Unruhen, besonders von den Studenten getragen, ausgebrochen. Den Anlaß dafür hat eine Aeußerung Hoares geboten, England halte die Wiederherstellung der Aegyptens Selbständigkeit besser als die jetzige gerecht werdenden Verfassung von 1923 nicht für praktisch.

2. *In Europa.* In *Griechenland* ist nun das *Plebiszit* durchgeführt worden. Es ist natürlich ganz zugunsten der Monarchie ausgefallen. Man weiß ja, wie solche Plebiszite gemacht werden! Auch mag es dem beweglichen Volk der Griechen nach all den Wirren und Nöten der letzten Jahrzehnte als Gewinn erschienen sein, sich „auf die andere Seite zu legen", wie die Florentiner Dantes. Sie werden sich dann wieder umlagern.

Man vermutet übrigens hinter der Umwälzung den *englischen Einfluß*, während Venizelos den Mussolinischen vertreten habe. England wolle damit im östlichen Mittelmeer Italiens Machtstellung schwächen. Vielleicht rechnen manche Griechen mit der Wiedergewinnung des sogenannten Dodekanes, d. h. der im Krieg zwischen der Türkei und Italien von diesem annektierten zwölf Inseln, die durchaus griechisch sind, zu Griechenland gehören und wirklich zu diesem zurückkehren sollten.

Spanien erlebt einen der üblichen großen *Skandale*, in denen Geld und Weib die Hauptrolle spielen. Ein Neffe und Adoptivsohn des ehemaligen Ministerpräsidenten und jetzigen Ministers des Aeußeren Lerroux und mit ihm allerlei „große Tiere" der spanischen Politik, unter anderem der Gouverneur von Katalonien, haben sich von einem Holländer namens Strauß in ein Unternehmen hineinziehen lassen, das die Einrichtung von Spielhöllen in San Sebastiano und dann auf Mallorca betrieb und haben von ihm große Bestechungsgelder empfangen. Als dann die dadurch erkauften Bewilligungen zurückgezogen wurden, klagte er beim Präsidenten der Republik, der nach langem Zögern die Sache bekanntgab, was eine Ministerkrise zur Folge hatte. Also ein Stavisky-Skandal, der neuerdings die Fäulnis unserer Gesellschaft offenbart.

In Frankreich haben die *Stavisky-Prozesse* begonnen. Warum erst jetzt und gerade jetzt?

In *Eupen-Malmedy* sind drei Bürger, welche sich als deutsche Agenten entpuppten, ausgebürgert worden, was viel Erregung erzeugte.

Das Verhältnis zwischen *Polen und der Tschechoslowakei* hat sich in der letzten Zeit sehr verschlechtert. Anlaß dazu bot der alte Konflikt wegen der Landschaft Teschen, die Polen für sich in Anspruch genommen hatte. Der polnische Konsul Klotz daselbst wurde wegen propolnischer Agitation ausgewiesen. Polen antwortete mit Gegenmaßregeln. In Warschau schritt man zum Boykott des Pilsner Bieres. Und so fort.

Den Hintergrund dieser Vorgänge bildet Polens hitlerfreundliche und rußlandfeindliche Politik. Wenn diese aufgegeben wird, wie es den Anschein hat, werden wohl auch die Beziehungen zwischen den zwei vorwiegend slawischen Ländern besser werden.

Eine Rückkehr zur Demokratie im Innern und damit auch zu einer anderen Außenpolitik scheint Polen sich aufzudrängen. Der neue Ministerpräsident erklärte angesichts der wirtschaftlichen Lage, man sei mit der Kraft des Widerstandes zu Ende.

In der *Tschechoslowakei* hat ein Ministerwechsel stattgefunden. An Stelle des tschechischen Ministerpräsidenten Malypetr ist der slowakische *Hodza* getreten. Das soll einen leichten „Ruck nach rechts" bedeuten, dazu eine Konzession an das slowakische Element und *vielleicht* auch eine stärkere Zuwendung zu England im Sinne der anderwärts dargestellten Politik.

Die „*Sudetendeutſche*“ Partei Konrad Henleins hielt in Teplitz eine Tagung ab, an der 80—100 000 Menſchen teilgenommen haben ſollen. Henlein forderte Anteil an der Regierung und äußerte allerlei Drohungen. Seine wahre Geſinnung ſcheint immer noch nicht ſehr klar. Es iſt auch die Rede von einer Bewegung *gegen* ihn innerhalb der Deutſchen.

In *Memel* geht der Streit weiter. Infolge der Wahlen findet ein Wechſel des Direktoriums ſtatt. Der in ſeiner großen Mehrheit deutſche Landtag ſtellt eine ganze Reihe von Klagepunkten auf.

II. Deutſchland. Göring hält in Breslau eine ziemlich herausfordernde Rede, auf die neue Armee pochend. — *Ribbentrop* iſt Reichsminiſter geworden.

III. Wirtſchaftsleben und Sozialismus. 1. Der große *Streik* in den *Kohlengruben* von *Südwales* hat mit einem Siege der Streikenden geendigt. Die Arbeiter, die ſich zum Proteſt gegen die Einſtellung von Unorganiſierten in den Schächten eingeſchloſſen hatten, ſtiegen erſt herauf, als jene Maßregel zurückgenommen war. Auch die Löhne ſind, wenn ich nicht irre, etwas erhöht worden. Sie waren ſeit 1920 von 223 Pfund (= 1115 Franken) jährlich auf 115 Pfund (= 460 Franken), alſo auf weniger als die Hälfte geſunken.

Nun hat die ganze Gewerkſchaft der Kohlenbergleute mit großer Mehrheit beſchloſſen, in einen Streik einzutreten.

Die *American Federation of Labor* (der amerikaniſche Gewerkſchaftsbund) hat es, der Loſung ſeines Leiters William Green folgend, abgelehnt, an Stelle der Fachgewerkſchaften (Craft Unions) Induſtriegewerkſchaften (Induſtrial Unions) zu ſetzen und damit wieder einmal ſeine konſervative Haltung bekräftigt.

2. *In Dänemark* hat die *Sozialdemokratie* bei den Landtagswahlen um 100 000 Stimmen zugenommen. Sie bleibt damit im Bunde mit der bürgerlichen Linken in der Regierung und iſt darin befeſtigt.

In *Rußland* machen gegenwärtig *Wundertäter der Technik* Senſation. Ein Arbeiter namens Stechanow hat im Donetzbecken durch eine neue Methode die Kohlenbeförderung auf das Dreifache geſteigert, ebenſo der Schmied Buſſygin in Gorki (früher Niſchni-Nowgorod) die Produktion der Walzwerke, während die Schweſtern Winogradew in Moskau ein Verfahren entdeckt haben, das 100 ſtatt 60 Webſtühle zu bedienen ermöglicht.

In *Newyork* ſind bei Gemeindewahlen die Kommuniſten an die dritte Stelle vorgerückt.

In Hamburg ſind wieder eine Reihe *Sozialdemokraten* wegen illegaler Arbeit zu ſchweren Zuchthausſtrafen verurteilt worden.

IV. Kirche und Religion. 1. Der „*Schweizeriſche Proteſtantiſche Volksbund*“ hat eine Reſolution gegen den abeſſiniſchen Krieg gefaßt und veröffentlicht. Unſere Kirchenblätter ſind im ganzen freilich erſt bis zu dem Thema: „Abeſſinien und die Miſſion“ vorgerückt.

2. In Karachi (Indien) ſind 4000 *Paria* zum *Iſlam* übergetreten, um ihr Pariatum los zu werden — man bedenke: zum Iſlam, nicht zum Chriſtentum!

V. Natur und Kultur. 1. Auf *Haiti* ſollen an einer *Sturmflut* 2000 Menſchen umgekommen ſein. Hoffentlich iſt die Zahl bei weitem übertrieben.

Gewaltiges *Hochwaſſer* hat in der *Schweiz* viel Verheerung angerichtet, beſonders im Berner Oberland, und auch Menſchenleben gefordert. Man wird an Jeremias Gotthelfs „Waſſernot im Emmental“ erinnert.

Der türkiſche *Dampfer* „Inebolu“ iſt am Eingang des Hafens von Smyrna *geſcheitert.* 77 Paſſagiere ſind ums Leben gekommen.

2. In der letzten Zeit haben in den Vereinigten Staaten wieder neue *Lynchungen* ſtattgefunden.

Eliſabeth Förſter, die getreue, aber allzu wenig kongeniale Schweſter Nietzſches und Hüterin ſeines Nachlaſſes, Rufes und Ruhmes, iſt im Alter von 89 Jahren geſtorben. Ihre Geſtalt hat einſt, freilich nur flüchtig, meine Kindheit berührt — meine einzige perſönliche Berührung mit Nietzſche, und nur eine mittelbare.

13. November.

Zur ſchweizeriſchen Lage.

Zwei Tatſachen heben ſich aus dem ſchweizeriſchen Geſchehen der Berichtszeit beherrſchend heraus: die Wahlen in die eidgenöſſiſchen Räte und die Stellung zu den Sanktionen des Völkerbundes gegen Italien.

Die *Wahlen*, die viele, wie wir ſelbſt, mit einem ſehr ſkeptiſchen Auge betrachtet hatten, konnten zuletzt doch eine ziemliche Leidenſchaft erregen und auch eine verhältnismäßig recht große Bedeutung gewinnen. Jene Leidenſchaft iſt nicht nur daraus zu erklären, daß der Schweizer Wahlen überhaupt wichtig, ja, in einem beſtimmten Sinne, allzu wichtig nimmt, was wieder damit zuſammenhängt, daß er überhaupt ſogenannte perſönliche Fragen wichtig nimmt, ja, auch wieder in einem beſtimmten Sinne, allzu wichtig; vielmehr zeigte der Ausgang, daß die *alten Parteien* das Bewußtſein hatten, um ihr Leben zu kämpfen und darum Himmel und Erde (und auch das, was *unter* der Erde iſt) in Bewegung ſetzten, um das drohende Geſchick zu beſchwören. Und dazu kam, freilich mehr bloß als allgemeine Stimmung der Atmoſphäre, ein Zweites: die Frage, ob *die Reaktion* ſich zu behaupten oder gar zu verſtärken oder die umgekehrte Bewegung Boden zu gewinnen vermöge.

Am Ergebnis iſt ja Eines ſo deutlich hervorgetreten, daß alle mit Augen Begabten es ſehen konnten, auch wenn nur wenige Ehrliche es zuzugeben wagten: *der Niedergang und Zerfall der Parteien.* Ich ſage nun abſichtlich nicht mehr „der alten Parteien"; denn Niedergang und Zerfall erſtrecken ſich nach meinem Urteil auf das Parteiweſen überhaupt.

Das Einzelne iſt bekannt. Der ſogenannte Freiſinn iſt nun auch nicht mehr die größte Fraktion in den Räten, genauer: im Nationalrat, ſondern iſt hier um ein weniges durch die Sozialdemokratie überflügelt. Seine überwiegende Mehrheit im Bundesrate iſt damit vollends zu einer Fiktion geworden. Da dieſe Partei aber ſtark von ihrem Machterbe lebte, wird aller Wahrſcheinlichkeit nach mit deſſen Schwinden der Zerfall vollends in beſchleunigtem Tempo vor ſich gehen. Das Schickſal des Rückgangs und der Zerbröckelung teilt aber auch die heute in Wirklichkeit herrſchende bürgerliche Partei: die katholiſch-konſervative. Bei ihr ſind gewiſſe, auf die reaktionäre Konjunktur geſetzte Hoffnungen enttäuſcht worden. Wenn dies das Los der beiden hauptſächlich in Betracht kommenden bürgerlichen unter den alten Parteien iſt, ſo iſt auch von den meiſten *neuen* Parteien zu ſagen, daß ſie eine Niederlage erlitten haben. Faſt vernichtend iſt die der „Fronten", verkörpert in der der „Nationalen Front". Sie haben einzig in Zürich und in Genf (hier ſcheint's mehr durch Wahlzufall) einen Vertreter durchgebracht, in Schaffhauſen aber, einem Hauptſitz, einen völligen Zuſammenbruch erlebt. Man darf wohl ohne Gefahr der Voreiligkeit annehmen, daß mit dieſem Fiasko die Frontenbewegung inſofern erledigt ſei, als ſie nicht die geringſte Ausſicht mehr habe, etwa nach dem deutſchen oder italieniſchen Vorbild auf den trüben und wilden Wellen einer mit allen Mitteln, guten und noch mehr böſen, vorwärts gepeitſchten ſtürmiſchen Volksbewegung zur Macht zu gelangen. Das Unternehmen war, auf alle Weiſe, falſch angelegt, eine oberflächliche, verfehlte Spekulation. Abgeſehen davon, daß die Bewegung mit Faktoren rechnete, die bei uns gar nicht vorhanden waren und ſind, von denen vielmehr das Gegenteil vorhanden iſt (ich denke vor allem an die Aufſtachelung des Nationalismus und Antiſemitismus), litt ſie beſonders an einem Grundmangel: ſie ſchwankte zwiſchen einer revolutionären und einer reaktionären Haltung, geriet aber bald mehr in die reaktionäre und verlor damit vollends alle Originalität; denn wir hatten Reaktion in anderer Form genug. Daß es ihr dabei an einem beherrſchenden und hinreißenden „Führer" fehlt, iſt bekannt und kann bei ſolchem Mangel einer lebendigen, nicht bloß künſtlich geſchaffenen Idee nicht verwundern. Aber auch die ſo viel ernſthaftere und ſolidere Freigeld-Partei hat keinen Wahlerfolg gehabt. Das iſt beſonders inſofern zu bedauern, als wir nun einen Mann wie Werner Schmid nicht in den Nationalrat bekommen, wo er ſo nötig geweſen wäre, und zwar nicht etwa bloß auf der Linie der Freigeldſache. Aber es iſt auch zu bedauern, weil dieſe Bewegung nachgerade unſere einzige Volksbewegung mit revolutionärem Schwunge war. Die Freigeld-

Bewegung (die ſich ſelber lieber Freiwirtſchaft-Bewegung nennt) wird vielleicht gut tun, ſich durch dieſe Wahlerfahrung erſt recht auf *der* Bahn vorwärtstreiben zu laſſen, die ſie ſchon beſchritten hat: ihr Programm zu dem einer *umfaſſenden,* in einem weiteren Sinne ſozialiſtiſchen Volksbewegung zu geſtalten und ihre Währungsidee aus einer wirtſchaftlichen Theorie noch mehr zu einem *Symbol* des Vorſtoßes gegen die *Geldherrſchaft* zu machen. Einen Erfolg, wenn auch nicht einen großen, haben die Jungbauern gehabt, die beſonders im Kanton Bern eine Anzahl Mandate erobert haben, leider nach, wie behauptet wird, nicht immer erbaulichen Verhandlungen mit der alten Bauernpartei.

Der Mißerfolg beſonders der Freigeld-Partei erklärt ſich zum Teil freilich aus derjenigen Tatſache, welche vor allem auch den Niedergang und Zerfall der alten bürgerlichen Parteien illuſtriert: dem Erfolge *Duttweilers,* welcher mit ſeinen auf einen Schlag gewonnenen ſieben Mandaten und den an die alten großen Parteien heranreichenden, ſie zum Teil ſogar (wenn ich nicht irre) überbietenden Wählerzahlen, die Senſation des Tages bildete. Man hat zu deren Erklärung allerlei Gründe angeführt, vor allem den Willen vieler Wähler zum Proteſt gegen die ſtaatliche Bevormundung des wirtſchaftlichen Lebens und dann das Konſumentenintereſſe, das Duttweiler ſo kräftig vertrete. Ich möchte ſelbſt ein anderes Motiv hervorheben, von dem ich weiß, daß es viele veranlaßt hat, Duttweiler diesmal ihre Stimme zu geben, obſchon ſie weder von dem Mann, noch von ſeiner Sache übermäßig begeiſtert ſind. Es iſt das Voilà un homme! Man iſt durch die Tatſache erregt, endlich wieder etwas wie einen *Mann* zu ſehen. Man will einen ſolchen Mann gerne im Bundespalais haben, wo er „Leben in die Bude" bringen ſoll. Tut er das nicht oder tut er es in einem unerwünſchten Sinne, dann läßt man ihn wieder fallen. Duttweiler iſt vor allem ein Proteſt gegen die alten Parteien und das ganze Parteiweſen, dazu gegen die Langeweile, Stagnation und Fäulnis unſeres Bundeshauſes.

Gegen die bürgerlichen Parteien! Aber auch gegen die *ſozialiſtiſchen? Sie* mußten ja eigentlich die Oppoſitionsſtimmung auffaugen, die nun einen Duttweiler zum Siege getragen hat. Dieſe Oppoſitionsſtimmung hätte den Fluß des Sozialismus zu einem Strom anſchwellen, ja eine Ueberſchwemmung, einen „Erdrutſch" bewirken müſſen. Aber davon iſt keine Rede. Die Kommuniſten haben keinen nennenswerten Fortſchritt gemacht und die Sozialdemokratie ſich mühſam behauptet. Der Umſtand, daß ſie nun die ſtärkſte Fraktion im Nationalrat ſtellt, mag einigen dieſer ſozialdemokratiſchen Fraktionsmitglieder die Bruſt ſchwellen, aber er iſt eine ähnliche Fiktion wie jene Bundesratsmehrheit des Freiſinns. In Wahrheit hat beſonders das Experiment der „Arbeitsfront" verſagt, während die „Einheitsfront" wenig Weſentliches genützt hat. Nebenbei: die neue, von Moskau ausgehende, Taktik raubt den Kommuniſten den Vorteil, den *ſie* ſonſt aus der angeſchwollenen Oppoſitionsſtimmung ziehen könnten. Ihre neue Taktik nähert ſich oft faſt der Wegwerfung, was ihnen ſelbſt ſchadet, aber auch den ſozialdemokratiſchen Drahtziehern, die dadurch in ihrer Selbſttäuſchung beſtärkt werden. Das, wie geſagt, nur nebenbei; es ſoll damit nichts gegen die Taktik der „Einheitsfront" im allgemeinen geſagt ſein. Aber warum iſt die „Arbeitsfront" nicht zur Tatſache geworden und hat die Sozialdemokratie aus der Oppoſitionskonjunktur keinen nennenswerten Gewinn gezogen? Die Antwort iſt: weil die große Vorausſetzung dafür fehlte, der *Geiſt* der Oppoſition, beſſer der im richtigen Sinne *revolutionäre* Geiſt. Es zeigt ſich nun eben ſchon die Kataſtrophe, in welche eine Führung, die im Grunde bloß eine Verführung war, unſeren ſchweizeriſchen Sozialismus hineingelotſt hat. Man hat durch das zum Teil aus ſehr unlauteren Motiven, mit allen Mitteln der Demagogie, betriebene Einlenken in den bürgerlichen Militärpatriotismus dem Sozialismus das Rückgrat gebrochen. Er iſt nun ein mattes, kleinbürgerliches Gebilde, das niemand mehr begeiſtert, ohne Glauben, ohne Schwung, ohne achtunggebietende Haltung. Darum iſt es auch mit der „Arbeitsfront" nichts. Auch dieſe muß aus dem *Geiſte* geboren werden und nicht aus Opportunismus, Schlauheit und Machtkalkül. Vollends Fiasko gemacht aber hat jene Schwenkung zur „Demokratie" in Form der neuen Militärpolitik. Dafür

weiß kein Menſch Dank. Der Kampf gegen den „Marxismus" geht mit vermehrter Gehäſſigkeit, ja Wut vorwärts. Keinen Hund hat man damit vom Ofen gelockt. Keinen Feind hat man damit bekehrt; wohl aber ſehr viele verloren, die Freunde waren oder hätten werden können. Und nicht einmal einer der Hauptzwecke des Manövers iſt erreicht: wenn Grimm und Huber doch Bundesräte werden ſollten, wie Nobs Regierungsrat geworden iſt, dann höchſtens, damit der „Marxismus" erſt recht abgetan werde. Das iſt das Los alles Verrats an ſich ſelbſt. Nur ein ganz neuer Anſatz kann hier Hilfe ſchaffen.

Fragen wir nun aber allgemein: Was kann dieſer Ausgang der Wahlen bedeuten? Was bedeutet vor allem der Niedergang und Zerfall der alten bürgerlichen Parteien? Bedeutet er Böſes oder Gutes oder weder das eine noch das andere, oder vielleicht beides?

Ich glaube, daß er im ganzen doch *Gutes* bedeute, zum mindeſten bedeuten *könne*. Das Parteiweſen muß zerfallen, noch ganz abgeſehen davon, daß die alten Parteien hohl und leblos geworden ſind. Es muß *Neues* werden, und das wird ſtets nur aus dem Chaos. Aber dieſes Neue muß auf den Plan treten, muß ſeine Fahne zeigen, muß Kraft beweiſen. Hier liegt die große Aufgabe eines neuen Sozialismus. Auch des „religiöſen Sozialismus". Das Chaos bedeutet natürlich auch Verwirrung. Alles kommt darauf an, daß raſch die neuen Linien und Loſungen ſichtbar und hörbar werden.

Das Chaos bedeutet *Verwirrung*. Und die Verwirrung kann von der *Reaktion* benutzt werden. Hier droht eine große Gefahr. Der Freiſinn und die katholiſch-konſervative Reaktion können ſich, enttäuſcht, erſt recht auf ihre Abſichten verſteifen und verſuchen, das, was auf dem demokratiſchen Wege des Wählens und Stimmens verloren geht, durch *Gewalt* zu erreichen. Der *Faſchismus* kann gerade durch dieſes Wahlergebnis eine ſtarke Förderung erfahren. Auch für die Fronten liegt nichts näher als der Gedanke, auf *dieſem* Wege vorwärts zu kommen, im Bunde mit den andern Mächten der Reaktion. *Wir ſind vielleicht erſt jetzt in die kritiſche Stunde der Demokratie getreten.*

Mancherlei Symptome weiſen auf ſolche Entwicklungen hin. Aus ihnen tritt der Verſuch des Bundesrates hervor (den er ſich wohl gehütet hat, vor den Wahlen bekanntzugeben!), das *Initiativ- und Referendumsrecht* zu beſchneiden, dadurch, daß die Unterſchriften nur auf der Gemeindekanzlei, zu beſtimmten Stunden, nicht mehr frei wie bisher, abgegeben werden dürften. Es leuchtet jedem ein, was das bedeutete: einmal eine Kontrolle des die Unterſchrift Gebenden, welche Zahlloſe davon abhalten würde, ſie zu geben, ſodann eine äußere Erſchwerung, die den gleichen Erfolg hätte. Der Bundesrat begründet dieſes Attentat auf die Demokratie damit, daß er durch dieſe Maßregel „die Würde der Demokratie" wieder herſtellen wollte. Ausgerechnet *der* Bundesrat, der beſſer täte, nicht durch immer neue ungeſcheute Verletzungen der Verfaſſung die Demokratie zu einem Hohn zu machen. Und ausgerechnet die „Neue Zürcher Zeitung" nimmt dieſe Loſung auf, indem ſie gleichzeitig Muſſolinis faſchiſtiſche Diktatur unterſtützt. In Wirklichkeit handelt es ſich dabei einfach wieder um eine der heute üblichen Lügen. Denn das Gegenteil jener Vorgabe iſt der Sinn des Verſuches: Referendum und Initiative bildeten bisher einen wirkſamen Schutz gegen die Diktatur des Bundesrates und ſeines bureaukratiſchen und pſeudoparlamentariſchen Machtapparates. Das haben immer neue Abſtimmungen gezeigt. Dieſer Schutz ſoll nicht ohne Abſicht gerade jetzt zerſtört werden. Denn der Bundesrat hat im Sinne, auf ſeinem Diktaturweg weiter zu gehen, im Wirtſchaftlichen, aber auch im Politiſchen. Auch der *Säbel* dürfte nicht weit von dieſen Plänen zu ſuchen ſein.[1]) Darum, mag auch dieſer

[1]) Was der Säbel für Anſprüche macht, beweiſt neuerdings ein Vorfall, der ſich auf dem Bahnhof Zürich abgeſpielt hat. Dort hat ein Leutnant aus der Dynaſtie *Wille* einem alten Mann den Hut vom Kopf geſchlagen, weil er die Fahne nicht gegrüßt habe. Dabei handelte es ſich um einen alten Militärpatrioten, der nur zufällig die Fahne nicht geſehen hatte. Dieſem Fetiſchdienſt der Fahne gegenüber iſt rechtzeitiger äußerſter Widerſtand am Platze. Principiis obsta!

Vorſtoß an der Volksabſtimmung, die zu unterdrücken gleichwohl nicht gelingen wird, ſcheitern, was ja ſicher iſt, ſo iſt gerade ſein unverſchämtes Hervortreten ein Symptom, auf das zu achten ſehr nötig iſt.[1])

Auf Geſinnungen und Manöver der *Reaktion* ſtoßen wir auch, wenn wir zu jener zweiten Tatſache gelangen, die noch ſehr viel wichtiger iſt als die Wahlen, die wir aber das letzte Mal ſchon grundſätzlich in Ausführlichkeit behandelt haben: die ſchweizeriſche Stellungnahme zu den *Sanktionen* des Völkerbundes gegen Italien. Hier haben wir inzwiſchen eine Weiterentwicklung jener ſchweizeriſchen Schmach erlebt, deren Träger und Symbol immer mehr Motta geworden iſt. Er hat im Großen Sanktionenkomitee eine Erklärung abgegeben, welche jener früheren, im Völkerbundsrat verleſenen, ebenbürtig iſt. Hier wird vor allem der Verſuch gemacht, aus der Londoner Erklärung nun doch herauszukonſtruieren, daß wir unſere *ganze* Neutralität bewahrt hätten. Daß das nur durch Advokatenkünſte der traurigſten Art möglich iſt, ſieht jeder Ehrliche, der den Text jener Erklärung nochmals lieſt. Das genaue Gegenteil ſteht darin. Gegen eine Berufung auf eine Neutralitätsakte von 1906 aber ſpricht ganz unzweideutig jener Artikel 20 des Völkerbundspaktes, der alle Abmachungen aufhebt, die dem Völkerbundsvertrag und ſeinen Zwecken im Wege ſtehen könnten.[2]) Wie miſerabel die Begründung unſeres Verrates am Völkerbund iſt, zeigt am klarſten jene kindiſche Erklärung, die immer wiederkehrt, daß wir unſere Sanktionsmaßregeln zum Teil in der gleichen *Sprache* verkündigen müßten, welche der ſpreche, dem ſie gälten! Kann man moraliſch und intellektuell tiefer ſinken? Man bedenke: wir haben auch die franzöſiſche und die deutſche Sprache unter uns, dazu die rhätoromaniſche, die mit der ſpaniſchen, portugieſiſchen und rumäniſchen verwandt iſt. Alſo dürften wir uns auch an Sanktionen gegen Frankreich, Belgien, Deutſchland, Oeſterreich, Holland und Skandinavien (weil deren Sprache mit der deutſchen nahe verwandt iſt), Rumänien, Spanien, Süd- und Mittelamerika nicht beteiligen, wohl aber an ſolchen gegen England, Amerika, China, Japan und — *Rußland.* Lächerlich, und mehr als das, iſt auch das Argument, die Schweiz würde durch die Einſtellung der Ausfuhr nach Italien beſonders leiden. Denn wenn nur diejenigen Länder den Handelsverkehr mit dem Rechtsbrecher einſtellen ſollten, die — keinen haben, dann bekämen wir ſeltſame Sanktionen! *Dann* bliebe nur entweder der Bankrott des Völkerbundes oder als einzige Sanktion der Krieg übrig.

Sehen wir uns aber nun die von der Schweiz getroffenen Maßregeln im einzelnen an. Das Ergebnis iſt, daß man nicht den Mut hat, offen zu erklären: „Wir machen nicht mit, einmal weil uns das Opfer koſtete und einen Profit raubte, ſodann weil wir Muſſolini nicht erzürnen möchten!", ſondern man tut, als ob wir korrekt völkerbundstreu vollführten, was „unſere Pflicht" ſei, während wir in Wirklichkeit nichts, ja weniger als nichts tun. Wir beteiligen uns am finanziellen Boykott. Das bedeutet einerſeits wenig, weil ja die Neigung, Italien Kredite zu gewähren, ſogar bei den ſchweizeriſchen Geldgebern, die ſonſt ſo leicht auf lockende hohe Zinſen und andere Gewinne hineinfallen, gering ſein dürfte, andererſeits aber durchlöchern wir auch noch dieſen dünnen Wandſchirm, indem wir ſchweizeriſche Firmen in Italien von dieſen Maßregeln ausſchließen, obgleich ſie gewaltig der italieniſchen Rüſtung dienen können. Dann das Verbot der Waffenausfuhr. Das iſt nun vollends ein Skandal und eine Lüge dazu. Denn wenn wir um der Neutralität willen, wie man ſagt, die Waffenlieferungen nicht nur nach Italien, ſondern auch nach Abeſſinien verbieten, ſo iſt das eine direkte Parteinahme für *Italien.* Dieſes kann ſich ja Waffen genug verſchaffen, Abeſſinien aber könnte die ſchweizeriſche Hilfe in dieſer Beziehung ſehr brauchen. Ich möchte hier an eine Tatſache

[1]) Dieſe Beurteilung der Lage iſt, ſeitdem das geſchrieben wurde, auf eine Weiſe beſtätigt worden, die ſogar über meine Erwartung hinausgeht. Davon das nächſte Mal. 18. November.

[2]) Das Argument, daß unſere Neutralität einer beſſeren Definition bedürfte, hat alſo in dieſem Falle gar keine Geltung. Es liegt alles klar genug — außer unſer Wille!

erinnern, welche wieder die ganze Verlogenheit unſeres ſchweizeriſchen Militarismus illuſtriert. Als wir vor Jahren einen Vorſtoß gegen die private *Rüſtungsinduſtrie* machten, da wurde für dieſe von militäriſcher Seite angeführt, wir müßten doch die Möglichkeit haben, ein ſchwaches, nicht gerüſtetes Volk gegen ein ſtärkeres und hochgerüſtetes zu unterſtützen. Und nun, da wir eine klaſſiſche Gelegenheit dazu hätten, helfen wir ausgerechnet dem Stärkeren und Gerüſteteren! Es iſt die gleiche Lüge, wie die mit dem Heere, das mächtig unſere Freiheit und Demokratie ſchützt, wenn keine Gefahr droht, aber in der Verſenkung verſchwindet, wenn auch nur ein fernes Wölkchen am Horizont erſcheint, und durch den Kotau der Feigheit erſetzt wird. — Endlich aber noch das Kontingentierungs- und Clearingsſyſtem, mit dem wir „unſere Pflicht" tun wollen. Das iſt doch offenkundig etwas, was mit Sanktionen kaum etwas zu tun hat. Das wäre auch ſonſt gekommen und iſt auch ſonſt im Spiel.

Kurz: wir haben ſtatt der Ehrlichkeit und Wirklichkeit ein Ausweichen hinter Fiktionen, Lügen und Lächerlichkeiten.

Aber eine ſchwere Tragik kommt vollends in das alles, wenn wir bedenken, daß Tag für Tag 30 000 Tonnen Kriegsmaterial durch die Schweiz nach Italien laufen — gegen Abeſſinien und gegen den Völkerbund, wir aber daran ein ſchweres Geld verdienen. Welchen Schweizer, der noch ein Gefühl für das Walten einer ſittlichen Ordnung hat, muß darob nicht ein Grauen ankommen? [1])

Wir werden ein Gelächter und ein Hohn der Welt. In Genf nenne man die ſchweizeriſche Delegation nur noch die „Lavalgarde". Bei der letzten Erklärung Mottas hat man es offen ausgeſprochen, daß dieſe Haltung mit einer wirklichen Treue gegen die Völkerbundspflichten nichts zu tun habe, und Frankreich, ausgerechnet Frankreich, hat dagegen Verwahrung eingelegt. Man will dieſe ſchweizeriſche Neutralität, die zum Deckmantel für alle internationale Unanſtändigkeit geworden iſt, einmal unter die Lupe nehmen. Sogar *wirtſchaftlich* betrachtet iſt dieſe Haltung töricht. Die angelſächſiſche Welt könnte daraus Konſequenzen ziehen, die ungleich ſchwerer wären als Muſſolinis Zorn. Politiſch betrachtet iſt ſie vollends Selbſtmord. Wir berauben uns, ſo viel an uns liegt, des Schutzes, den uns eine internationale Rechtsordnung und die Achtung und Liebe der Welt gewährten. Wir ziehen, das iſt das Schwerſte, das *Gericht* auf uns herab. Wir bringen die Schweiz auf allen Linien in Lebensgefahr.[2])

Warum? Was beſtimmt die Politik des Bundesrates und beſonders Mottas? Iſt es nur Feigheit und Unwilligkeit für das Opfer? Es iſt nicht nur erlaubt, ſondern ſogar geboten, *Hintergründe* dieſer Haltung zu ſuchen. Da drängt ſich *eine* Erklärung völlig auf: *Mottas Politik iſt die des Vatikans.* Dieſer ſtützt Muſſolini, weil er ſich auf ihn geſtützt hat und ſein Fall ihn ſelbſt mitriſſe.[2]) Weil Motta dieſer Politik verhaftet iſt, muß die Schweiz in Lebensgefahr gebracht, muß ihr Anſehen und ihr Lebensrecht verſpielt werden. Es war ja ſchon mit der Haltung gegen *Rußland* ſo. Da gab es auf einmal dieſe berühmte Neutralität *nicht*, da gab es nur Parteinahme — wieder mit dem Vatikan und ſeinen Verbündeten.

Ich wiederhole, was ich früher bei ähnlichen Anläſſen erklärt habe: Das iſt nicht gegen den *Katholizismus* geſagt! Die Politik des Vatikans iſt keineswegs immer der beſte Ausdruck des katholiſchen Geiſtes. *Gegen* das Bündnis des Vatikans mit dem Faſchismus ſtehen die beſten der Katholiken. Ich ſage alſo nichts gegen den Katholizismus, wenn ich es für einen Skandal erkläre, daß die Politik der Schweiz der Privatliebhaberei eines Motta und den Zielen der Jeſuiten (denn dieſe beherrſchen ſchließlich den Vatikan) dienen ſoll.

Ich frage: *Wie lange wird ſich die Schweiz noch gefallen laſſen,* Objekt und Werkzeug *dieſer Politik des Vatikans zu werden?* Wir erheben einen Alarmruf: *„Die Schweiz iſt in Lebensgefahr — ſie iſt durch den Bundesrat gefährdet und muß durch eine Volkserhebung gegen ihn gerettet werden!"*

---

[1]) Vgl. die Ausführungen auf Seite 561—562.

[2]) Vgl. „Zur Weltlage", Seite 566.

Ein Ausdruck einer ſolchen kann und ſoll der *Boykott* ſein, den nun die Privaten üben müſſen. Er wird zu einer Verteidigung der Vökerbundsehre und der moraliſchen Exiſtenz der Schweiz überhaupt. Aber es iſt vor allem auch ein Kampf gegen den *Krieg*. Er will den jetzigen Krieg zu Ende bringen und künftige verhindern helfen, indem er die Kraft der übernationalen Rechtsordnung ſtärkt. Er will ſicher nicht dem italieniſchen Volke etwas zuleide tun (die meiſten von uns *lieben* das italieniſche Volk, der Schreibende ſogar ganz beſonders), er will es *retten* helfen. Ueben wir den Boykott mit aller Kraft, ſorgen wir aber auch dafür, daß er im rechten Geiſte geübt werde und damit dieſen Geiſt ſtärke.

8. November 1935.

Arthur Henderſon.

Arthur Henderſon iſt, dreiundſiebzigjährig, geſtorben. Er habe den Ausbruch des abeſſiniſchen Krieges nicht mehr erfahren. Wohl aber hat das vorläufige Scheitern der Abrüſtungskonferenz das Ende ſeines Lebens mit Dunkel überſchattet. Wir dürfen hoffen, daß ſein Glaube ihm geſagt habe, daß *ein* Ende nicht immer *das* Ende ſein muß und daß es Auferſtehung gibt. Man muß bedauern, daß er nicht auch erlebt hat, was inzwiſchen in Genf geſchehen iſt. Schon das hätte ihm zeigen können, daß er nicht umſonſt gelebt habe. Mit der zähen Ausdauer eines Engländers, der zugleich ein Jünger Chriſti und Prediger ſeiner Botſchaft war, hat er als Kapitän der Abrüſtungskonferenz deren Steuer gehalten, ſozuſagen bis der Tod ſeine Hand davon löſte. Und früher hat er, als Miniſter des Auswärtigen in der erſten Arbeiterregierung, unterſtützt von ſeinem begabten Sekretär Dalton, den Geiſt einer ſozialiſtiſchen Weltpolitik mit Kraft und Treue vertreten, viel Gutes getan, wovon die Welt das wenigſte erfahren hat, und viel Böſes verhindert.

Im Frühling 1914 fuhren meine Frau und ich eines Tages nach dem Viktoria-Bahnhof in London, um von dort aus der Beerdigung eines Führers der Dockarbeiter beizuwohnen. Wir ſollten am Bahnhof zwei Arbeiterführer treffen, die damals noch nicht weltberühmt waren: Arthur Henderſon und Ramſay Macdonald. In ihrem Automobil fuhren wir zu dem Trauerhaus in Oſtlondon. Auf den erſten Blick erkannte man den Unterſchied zwiſchen den beiden Männern: Macdonald glänzender, aber auch ſelbſtbewußter, ja noch etwas mehr als das, Henderſon ſchlichter, faſt unſcheinbar, beſcheiden, aber echt und gediegen. Ich weiß auch aus eigener Erfahrung, wie er während des Krieges als Miniſter der Arbeit bereit war, auf Friedensverhandlungen einzugehen, die etwas anderes als Verſailles bedeutet hätten. Er blieb auch als Miniſter „comrade" (Genoſſe), und war bereit, mit „comrades" kameradſchaftlich zu verhandeln. Unter ihm hätte man nicht vergeblich um Einſtehen gegen das gefleht, was am 12. Februar in Wien geſchah. Es wäre überhaupt nicht geſchehen.

Ich habe damals im Browning-Settlement von Herbert Stead in Südoſt-London ein Buch geſehen, worin ſich gewiſſe Menſchen eintrugen, die erklärten daß ſie „followers of Chriſt" (Nachfolger Chriſti) ſein möchten. Ganz vorn ſtand der Name Arthur Henderſon. Ich glaube, daß er ſein Gelübde gehalten hat.

Redaktionelle Bemerkungen.

Dieſes Heft iſt, wie man ſehen wird, in der erſten Hälfte vorwiegend den Problemen gewidmet, welche durch die *Oxford-Bewegung* und verwandte Denkweiſen aufgeworfen werden. Da die Beiträge über dieſe Probleme unabhängig voneinander entſtanden ſind, ſo mag es einige Variationen des gleichen Gedankens geben, aber der Leſer wird ſie gewiß entſchuldigen.

Ein Bericht über die ſchöne Ferienwoche in *Attisholz* wie einer über die im Ganzen ſehr erfreulich verlaufene *religiös-ſoziale Konferenz in Winterthur* ſoll im nächſten Hefte folgen.